

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER
TÜNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 18. MÄRZ 1933

ERSCHEINT SONNABENDS · BEZUGSPREIS VIERTELJ. 3 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM.

POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 115 98, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES

SCHRIFTFLEITUNG: PETER MEHRENS · VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 56, ALSTER-TERRASSE 10 · FERNRUF 44 2886 · REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

Das Wahlergebnis vom 5. März

Nach einem mit unerhörter Schärfe und einem mindestens von Seiten der Regierungsparteien mit außergewöhnlichem Aufwand geführten Wahlkampf fiel am 5. März die Entscheidung. Die Regierungsparteien, Nationalsozialisten und der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot, erhielten 52 % aller Stimmen und damit eine glatte Mehrheit. Stimmen und Mandatszahl verteilen sich aber auf die beiden Flügel sehr unterschiedlich. Die Nationalsozialisten erhielten rund 17,5 Millionen gleich 43,9 % aller Stimmen und 288 Mandate. Der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot konnte 3,1 Millionen gleich 7,8 % der Stimmen und 52 Abgeordnete erringen. Die regierenden Parteien verfügen also im neuen Reichstag über 340 von insgesamt 647 Sitzen.

Die unantastbare parlamentarische Mehrheit der Regierungsparteien gibt der Reichsregierung die volle Unabhängigkeit von allen andern Fraktionen. Das Zentrum ist — im Zahlenbilde der Mandatsverteilung — aus seiner Mittelstellung, die bei einfacher Mehrheitsbildung die Bedeutung einer Schlüsselposition hatte, verdrängt. Um so bedeutsamer ist die Stellung, um so größer ist die Verantwortung des Zentrums in allen Fällen, in denen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Die dem Zentrum gesinnungsverwandte Bayrische Volkspartei ging in der Folge der drei Reichstagswahlen ständig zurück. Sie erzielte am 31. Juli noch 22, dann 20, jetzt 19 Mandate.

Die Sozialdemokratie hat ihren Bestand erhalten.

Sie zählt 7,17 Millionen Stimmen gegen 7,25 Millionen am 6. November, 7,95 Millionen am 31. Juli. Sie bekommt 120 Mandate gegen 121 und 133 nach den früheren Wahlen. In Prozenten ausgedrückt, betragen ihre Stimmenzahlen: 21,6 am 31. Juli, 20,4 am 6. November, 18,3 am 5. März. Setzt man die Uebermacht der Propagandamittel in Rechnung, mit der die Regierungsparteien ihren Kampf gegen die SPD. führen konnten, erinnert man sich der Zeitungs- und Versammlungsverbote, die in den Wochen des Wahlkampfes, einem Hagelwetter gleich, ihre Werbung behindernd, auf die Partei niedergingen, dann ist die Erhaltung ihres Bestandes eine gewaltige Leistung.

Einen Verlust von 1,1 Millionen Stimmen erlitt die KPD. Sie erhielt am 6. November 5,98, am 5. März 4,84 Millionen Stimmen; sie hatte 100 Sitze im Reichstag und bekommt 81. — Der Rest: die Deutsche Volkspartei wird 8, die Staatspartei 5, der Volksdienst 8 Sitze einnehmen.

Das Resultat der Wahl zum Preussischen Landtag ist von gleicher Art. Die Anteilziffer der Nationalsozialisten an der Zahl der abgegebenen Stimmen ist hier etwas niedriger als bei der Reichstagswahl, sie beträgt 43,2 %. Dafür erhielt jedoch die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot eine höhere Ziffer als im Reichstag, nämlich 9,3 %.

Wie nun das Resultat der Wahl in seinen wesentlichen Zügen eindeutig ist, so kann seine politische Bewertung kurz und einfach sein. Nach den Formen der Verfassung zur Macht erhoben, kann die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg ihre Macht vollkommen legal gebrauchen. Und es sind in der Öffentlichkeit bereits Stimmen laut geworden, die, anknüpfend an diesen verfassungsmäßigen Tatbestand, daran erinnern, daß diese der Regierung gegebenen Möglichkeiten eine Verpflichtung einschließen. Die Regierung kann im Reichstag ohne die Mühe und den Zeitverlust umständlichen Verhandels jedes Gesetz zur Annahme bringen, das keinen verfassungsändernden Charakter hat. Sie kann zum Beispiel

Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

auf normalem, gesetzlichem Wege bewirken, so durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Arbeitsbeschaffung, durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Sie bedarf keiner weiteren Vollmachten, keiner Ausnahmerechte mehr. Sie kann daher auch in absehbarer Zeit in der Lage sein, sich und dem Volke den Wunsch zu erfüllen, den der Reichskanzler Hitler gegenüber einem englischen Presse-manne geäußert hat, den Wunsch, daß der kurz vor der Wahl durch die scharfen Notverordnungen und ihre drakonische Anwendung aufgehobene normale Zustand so bald wie möglich wiederkehren möge. Und die Befriedigung des Volkes würde, je eher sie möglich wäre, um so wirksamer, auch jene Beruhigung der gesamten

politischen Sphäre herbeiführen, deren die Wirtschaft so dringend bedarf, um zu bestehen und zu gedeihen. Diese Befriedigung im Innern erscheint uns zugleich als die Voraussetzung für eine tatkräftige Außenpolitik.

Die deutschen Gewerkschaften aber werden auch weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteikonstellationen, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft.

Und die Abschlüsse umfassender Tarifverträge, wie im Baugewerbe und in der Textilindustrie, beweisen, daß die Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Umständen ihren Dienst zum Wohle des arbeitenden Volkes versehen. Sie stehen aufrecht in den Stürmen unserer Tage. Sie leben nach ihren eigenen inneren Gesetzen, erfüllen ihre eigenen, ihrem Zweck entsprechenden Aufgaben. Getragen von dem Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen werden sie auch in Zukunft eintreten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft. Aber sie sind nach der folgenschweren Entscheidung vom 5. März noch mehr als selbster auf ihre eigene Kraft angewiesen. Was die deutsche Arbeiterschaft an Einfluß auf die Gestaltung des sozialen Lebens durch Verluste in der Sphäre der Politik eingebüßt hat, muß sie wettmachen durch die

Stärkung der Gewerkschaften

Die Geister, die ich rief...

Nachdem die Handwerksmeister Jahrzehnte hindurch weit über Bedarf Lehrlinge eingestellt haben, fällt ihnen heute dieser Nachwuchs auf die Nerven. Statt beizeiten daran zu denken, daß sie sich damit eine Konkurrenz heranzüchten, die ihnen einmal gefährlich werden könnte, haben sie den Nachwuchs in Massen auf den Markt geworfen. Namentlich die Provinz konnte sich darin nicht genug tun. Der Meister im Klein-gewerbe hatte immer so seine drei bis vier Lehrlinge um sich, ohne einen Gesellen zu beschäftigen, stellte für den auslernenden jungen Mann alljährlich einen neuen Lehrling ein und überließ den Ausgelernten seinem Schicksal. Heute werden sie nun gewahr, was sie damit angerichtet haben und wollen jetzt darüber entscheiden, wer ihnen in Zukunft noch Konkurrenz machen darf. Sie planen durch Einführung einer Handwerkerkarte die Aenderung der Gewerbeordnung. In dem vom Reichsverband des deutschen Handwerks herausgebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Gewerbeordnung“, der bereits dem Reichsrat zugeleitet worden ist, heißt es grundsätzlich im Artikel 1: „Die selbständige Ausübung eines Handwerks als stehendes

Gewerbe ist nur solchen Personen gestattet, die die Berechtigung zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks oder die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben besitzen.“ Artikel 2 besagt: „Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muß der für den Ort, wo solches geschieht, nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde gleichzeitig davon Anzeige machen und, wenn es sich um den Betrieb eines Handwerks handelt, innerhalb von drei Tagen nach der Anzeige durch

Vorlegung der Handwerkerkarte

bei dieser Behörde den Nachweis erbringen, daß er zur Ausübung dieses Handwerks befugt ist.“ Die dann folgenden Artikel enthalten die Ausführungsbestimmungen zu den grundlegenden Artikeln 1 und 2. Im Artikel 4 heißt es dann im Entwurf: „Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in der Handwerksrolle eingetragenen Handwerker erhalten die Handwerkerkarte, auch wenn die Voraussetzungen in Artikel 1 nicht gegeben sind. Diejenigen in der Handwerksrolle eingetragenen Handwerker, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes das 30. Le-

bensjahr noch nicht vollendet haben und den Anforderungen des Artikel 1 nicht entsprechen, werden in der Handwerksrolle gestrichen, wenn sie diesen Anforderungen nicht innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes genügen.“

Man merkt die Absicht und man wird verstimmt; denn praktisch läuft der Antrag darauf hinaus, daß in Zukunft Personen nur noch in die Handwerkerrolle eingetragen würden, die die Meisterprüfung abgelegt haben. Wer also nicht die Meisterprüfung gemacht hat, wird nicht mehr in die Handwerkerrolle eingetragen und ist demnach zur Ausübung eines selbständigen Handwerks

nicht mehr befugt.

Nur wer jetzt schon selbständig arbeitet, erhält nach der vorgesehenen Uebergangsbestimmung die Handwerkerkarte auch ohne Meisterprüfung. Ist der Inhaber jedoch noch nicht 30 Jahre alt, dann muß er innerhalb fünf Jahren die Meisterprüfung ablegen oder damit rechnen, daß ihm die Handwerkerkarte wieder entzogen wird. Zuwiderhandlungen sollen Geldstrafe bis 2000 Reichsmark oder im Unvermögenfalle entsprechende Haft nach sich ziehen. Das bedeutet, daß in Zukunft Berufsangehörige nur noch selbständig werden können, die die Meisterprüfung abgelegt haben.

Der reaktionäre Charakter dieses Gesetzes richtet sich in der Hauptsache gegen die gegenwärtigen und zukünftigen Gesellengenerationen im Handwerk. Ihnen soll die selbständige Ausübung eines Handwerks dadurch schwer gemacht werden, daß sie zunächst die Meisterprüfung ablegen müssen, und wie in diesem Falle von den Prüfungsmeistern, die es ja in der Hand haben, sich eine neue Konkurrenz vom Halse zu halten, gearbeitet werden könnte, liegt klar auf der Hand. Für sie wäre nicht nur die fachliche Tüchtigkeit der Prüflinge ausschlaggebend, sondern eben auch das Moment der Konkurrenz, das sie dadurch gut abwenden können, indem sie den Prüfling einfach durchrasseln lassen. Damit wäre dann die zu befürchtende Konkurrenz für immer beseitigt. Man muß zugeben, daß es sich bei den vom Reichsverband des deutschen Handwerks herausgebrachten Entwürfen um keinen schlechten Dreh handelt. Wahrscheinlich beabsichtigen die Handwerksmeister, sich nur insoweit Konkurrenz zu schaffen, als es sich um Meistersöhne oder

Protektionskinder in der Gehilfenschaft handelt, ein Ziel, das der Wiedereinführung der alten Zunft gleichkommt. Wird also der Entwurf des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zum Gesetz, dann ist die Möglichkeit zum Selbständigwerden für viele beseitigt. Eine Rute würde sich das selbständige Handwerk, soweit die jungen Selbständigen dabei in Betracht kommen, aber auch damit aufbinden; denn die Bestimmung, daß bei den unter 30 Jahre alten Selbständigen die Meisterprüfung noch nachgeholt oder der Betrieb wieder geschlossen werden muß, könnte diese arg in Verlegenheit bringen. Die alten Handwerksmeister würden sich wahrscheinlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, auch hierbei aufzuräumen.

Was ihnen nicht grün ist oder einmal wider den Stachel gelockt hat, könnte leicht in den Maschen der Meisterprüfung hängenbleiben.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die Hilforganisationen allen Grund haben, auf der Hut zu sein und für ein Ventil zu sorgen, das den Kessel der selbständigen Reaktionäre ein wenig reguliert. Hinein in den Verband muß für die Arbeitnehmer unseres Berufes die Losung sein. Nur in einer kräftigen Organisation haben wir das Bollwerk, an dem die reaktionären Strömungen machtlos zerschellen. Pebe.

Sitzung des Vorstandes mit den Bezirksleitern

Am 9. März trat der Vorstand mit den Bezirksleitern zu einer Sitzung in Hamburg zusammen, um zu wichtigen allgemeinen, organisatorischen und tariflichen Fragen Stellung zu nehmen. Nachdem in diesen Wochen Verhandlungen mit dem Reichsbund für das deutsche Maler- und Lackierergewerbe sowohl als auch dem Rheinisch-Westfälischen Innungsverband und dem Schlesischen Malerbund über ein neues Lohnabkommen und eine beziehungsweise Verlängerung der bisher geltenden Tarifverträge stattfinden beziehungsweise schon begannen, war es notwendig, dieser Angelegenheit ein besonderes Augenmerk zu schenken. Dazu gab der Vorsitzende, Kollege Batz, einen einleitenden instruktiven Bericht. Er streifte dabei die allgemeine Wirtschaftslage, die Verhältnisse in der Bauwirtschaft und die katastrophale Situation für das Malergewerbe. Diese bringe es mit sich, daß man heute zur Tarifrage eine andere Stellung einnehmen könne als in früheren Zeiten. Kollege Batz ging dann näher auf die eingegangenen Anträge zum Reichstarifvertrag und Lohnabkommen ein. Anschließend berichtete Kollege Hain über die Lage in Schlesien, und Beringer von den Ereignissen in Rheinland-Westfalen. Nach einer außerordentlich regen Aussprache, an der sich alle Bezirksleiter beteiligten, wurde in bezug auf unser taktisches Vorgehen bei den Verhandlungen völlige Übereinstimmung erzielt.

Kollege Batz sprach dann über die Mitgliederbewegung innerhalb unseres Verbandes und die sich daraus für uns ergebenden Schlußfolgerungen. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre und die ungeheure Arbeitslosigkeit im Malergewerbe hätten, wie vorauszu- sehen gewesen sei, auch einen Mitglieder rückgang in Folge gehabt. Wohl mit Veranlaß durch die allgemeine, vom ADGB. in die Wege geleitete Werbeaktion und unterstützt

Goethe über Nationalismus

„Ueberhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden sie ihn immer am stärksten entwickelt finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen gegeben. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß und ich hatte mich längst darin befestigt, ehe ich mein 60. Lebensjahr erreichte.“

durch Maßnahmen unseres Verbandes sei im letzten Quartal des Vorjahres ein merkbarer Wandel zum Besseren erfolgt. Die Zahl der Aufnahmen wuchs erheblich, durch ein Preisausschreiben für die besten Werber, vor allem auch unter den Lehrlingen. Trotzdem könne sicher noch manches geschehen, um weitere und größere Erfolge zu erreichen.

Der Reichsjugendleiter, Kollege Bartsch, berichtete über Pläne des Vorstandes zur Aktivierung der Jugendarbeit. So sollen in diesem Frühjahr erstmalig Bezirkswimpel an diejenigen Jugendgruppen zur Verteilung kommen, die nach einem bestimmten Schlüssel im Jahre 1932 die beste Jugendarbeit leisteten. Weiter sollen Jugendleiterkonferenzen stattfinden, deren organisatorische Vorbereitung mit den Bezirksleitern erfolgen soll. In der sich anschließenden regen Debatte wiesen die Bezirksleiter noch auf die gute Bewährung der Kurse für erwerbslose jugendliche Kollegen hin. Allein im II. Bezirk konnten über 1000 Jungkollegen in ihnen betreut werden.

Es wurde anschließend noch zu einer Reihe innerorganisatorischer Fragen Stellung genommen, die sich aus der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation ergaben. Dazu äußerte sich vor allem der Hauptkassierer, Kollege Ringel. Ueber die Entwicklung des „Fachblattes für Maler“, die in den letzten Monaten recht günstig war, berichtete Kollege Schwabe. Nachdem Kollege Batz noch Anregungen für die bestmögliche Durchführung der Werbearbeit gegeben hatte und in Aussicht stellte, das der Vorstand, den Filialen dafür noch entsprechendes Material zur Verfügung stellen werde, schloß er die in allen Teilen befriedigend verlaufene Sitzung.

Neuer Erfolg des Verbandes

Gegen die Umgehung des Gesetzes durch Lehrmeister in Lehrlingsentschädigungs- und Gehilfenausschüßfragen

Obwohl genügend Bescheide von oberen und unteren Innungsaufsichtsbehörden, ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts (vom 30. November 1932, RAG. 338/32) und ein Bescheid des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Ar-

beit vom 26. Januar 1933 an unsere Filiale Berlin (Nr. III A 327 Htm.) vorliegen, die alle besagen, daß die Richtlinien der Handwerks(Gewerbe)kammern und Innungen über die Entschädigungssätze für Lehrlinge nur unter Mitwirkung beziehungsweise Zustimmung der Gesellenausschüßmitglieder festgelegt beziehungsweise geändert werden dürfen, versuchen das immer noch Innungen, Handwerkskammern und Lehrmeister zu umgehen.

Die Leitung unserer Filiale Dortmund teilt mit: Im November 1931 erließ die Handwerkskammer Dortmund für ihren Bezirk an die Innungen neue Richtlinien für Beköstigungsbeihilfen für Lehrlinge, die bedeutend niedriger waren als die bisherigen. Ferner einen weiteren Beschluß, worin gesagt wird, daß die Lehrlinge beim Stillliegen des Betriebes von dem Lehrmeister einige Tage in der Woche mit unproduktiven Arbeiten beschäftigt werden könnten, ohne hierfür die Beköstigungsbeihilfen zahlen zu brauchen. Diese beiden Beschlüsse wurden von der Malerzwangsinnung Dortmund im Januar 1932 ihren Mitgliedern weiter übermittelt, mit dem Ersuchen, die bestehenden Lehrverträge mit den gesetzlichen Vertretern zu ändern.

Als der Filialverwaltung Dortmund unseres Verbandes diese Beschlüsse bekannt wurden, war zunächst die Frage zu prüfen, ob die Beschlüsse mit Zustimmung der in Frage kommenden Gesellenausschüsse gefaßt seien. Die Prüfung der Frage ergab, daß den Gesellenausschüssen beider Körperschaften hiervon nichts bekannt war. Um völlige Klarheit zu haben, wurde zunächst eine Beschwerde gegen die Malerzwangsinnung bei der unteren Verwaltungsbehörde, dem Magistrat Dortmund, eingereicht. Inzwischen wurde den ratsuchenden Lehrlingen und Eltern der Rat erteilt, daß die niedrigen neuen Beihilfen nur gezahlt werden könnten, wenn die Lehrverträge von beiden vertragschließenden Parteien geändert würden. Es wurde weiter empfohlen (immer vorausgesetzt, daß dem Lehrling keine Unannehmlichkeiten passieren könnten), dem Verlangen auf eine Änderung des Lehrvertrages nicht stattzugeben.

Am 4. Mai 1932 erhielten wir dann den Bescheid der Verwaltungsbehörde, daß

die Dortmunder Innung keine Beschlüsse gefaßt hätte, vielmehr nur Beschlüsse der Handwerkskammer weitergegeben habe. Somit ein Einschreiten der Verwaltungsbehörde nicht gegeben sei. Wegen der Beschwerde gegen die Handwerkskammer sei der Herr Regierungspräsident zuständig.

Hierauf hat die Filialverwaltung Dortmund durch Eingaben vom 10. Mai und 3. August 1932 Beschwerde bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg geführt. Der Erfolg der Beschwerde wird durch nachfolgende Abschrift bekundet. Der Bescheid ist datiert mit dem Datum vom 1. September 1932 und lautet unter Fortlassung der Formalitäten wie folgt:

„Im Auftrage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe habe ich die Handwerkskammer in Dortmund davon in Kenntnis gesetzt, daß sowohl die frühere vom Vorstände der Handwerkskammer beschlossene Festsetzung der Richtlinien für die Lehrlingsvergütungen wie auch die nunmehrige, ohne Mitwirkung des Gesellenausschusses erfolgte Neufestsetzung der Sätze der Rechtswirksamkeit entbehrt, da der Beschluß der Vollversammlung der Handwerkskammer vom 21. November 1927 dem Herrn Minister zur Genehmigung nicht vorgelegt worden ist, obgleich er der Genehmigung nach § 103g Absatz 4 RGO. bedürftig hätte. Der Handwerkskammer ist anheimgestellt worden, einen Beschluß der nächsten Vollversammlung über Richtlinien für die Vergütungssätze für Lehrlinge herbeizuführen. Ich stelle dem Verbandsanheim, mit der Handwerkskammer in Dortmund wegen der nunmehr vorzunehmenden Regelung der Angelegenheit gegebenenfalls unmittelbar in Verbindung zu treten.“

Im Auftrage usw.“

Die Handwerkskammer hat nunmehr die Angelegenheit erneut eingereicht, jedoch diesmal den Gesellenausschuß gehört. Ein Bescheid der Regierung war uns bis heute nicht bekannt. Auf Grund des ergangenen Bescheides und nachdem wir diesen bekanntgemacht hatten, ergaben sich mehrere Klagen in Dortmund und Witten. Wir schließen mit den bis zum 28. Februar 1933 stattgefundenen Klagen vor den Ausschüssen für Lehrlingsstreitigkeiten, respektive den Arbeitsgerichten ab und können mitteilen, daß wir durch diese Tätigkeit

für die Lehrlinge an zu wenig gezahlten Beköstigungsbeihilfen die Summe von 884,90 M mit Erfolg eingeklagt

haben. Die Lehrlinge und auch unsere älteren Mitglieder sollte dieser Erfolg anspornen, für den Verband und besonders auch für die Lehrlingsabteilung zu wirken.

Hilgendorf

Wahre Geschichten um Maler und Malereien

1. Das Urbild des Klecksel

Wilhelm Busch ist es gewesen, der die Tragikomödie des deutschen Malergewerbes geschrieben hat in seinem unsterblichen Gedicht vom Maler Klecksel. Aber wenn man annehmen wollte, daß dieser Name einer Busch-Figur willkürlich von dem Verfasser ausgewählt worden sei, so irrt man sich. Es hat tatsächlich einen Maler Sebaldus Klecksel gegeben, der in einem kleinen Städtchen bei Hannover wohnte.

Die Bekanntschaft mit Busch machte dieser Maler in einer Sommerkneipe vor den Toren der hannoverschen Hauptstadt. Busch, der schon damals in jener Gegend sehr bekannt war, erregte das Interesse des Malers, der auch als Zeichner eine gewisse Fertigkeit hatte. Nach kurzer Musterung von fernen begann der Maler Klecksel, Buschs Züge in ein Skizzenheft einzuzichnen mit einer für damalige Zeiten wunderbaren Füllfeder, deren erste Exemplare man eben auf dem Markt fand.

Busch wurde über die Konterfeieung durch seine Kameraden aufmerksam gemacht. Er schaute erst dem Treiben des Zeichners belustigt zu, als dieser dann einige Verbesserungen an seiner Tintenzeichnung vornahm, trat er heimlich hinter den Eifrigen, und dieser fuhr bei der Berührung mit der Hand Buschs derart zusammen, daß ein großer Klecksel auf der Zeichnung entstand.

„Klecksel“, sagte laut und lachend Busch.

„Nein, verzeihen Sie, Klecksel!“ meinte der erschrockene Maler. Und dann „Woher kennen Sie mich denn?“

So entstand durch einen Irrtum diese Bekanntschaft, die später dazu führen sollte, daß Wilhelm Busch eine seiner reizvollsten Ideen fassen konnte und den Maler Klecksel für alle Zeit in seinen Werken verewigte.

2. Malerstolz

In Köln starb vor kurzer Zeit der Maler Fötsch, der seine Berühmtheit weniger den hundertfünfundsechzig Buntanstrichen an Kölner Wohnhäusern verdankt, als seiner Schlagfertigkeit. Buntanstrich war in Deutschland gerade große Mode, als die Alliierten die Rheinlande nach dem Weltkriege be-

setzten. So wurde zu Fötsch eine Einquartierung in Gestalt eines amerikanischen Obersten gerade an dem Tage gelegt, als er mit der Buntbemalung eines Patrizierhauses am Ring begann.

Fötsch, der ein bißchen englisch sprach, wollte dem hohen Gast von seiner Kunst und Würde einiges beibringen, und er hatte den Erfolg, daß dieser ihn aufforderte, ihn doch am nächsten Tage ein wenig in Köln herumzuführen.

Pünktlich zur vorgenommenen Stunde ging der Maler mit dem Obersten los und führte ihn im gerechten Stolz erst einmal vor die von ihm buntangestrichenen Häuser. Er hielt dem Amerikaner eine große Rede über moderne Malkultur, über die Bedeutung der Buntarchitektur und des Buntanstriches, worauf der Oberst nur zurückfragte:

„Und wie lange brauchen Sie hier, um so einen Anstrich fertigzumachen?“

„So vierzehn Tage bis drei Wochen!“ „Das ist viel zu lange“, meinte der Oberst, „bei uns in Amerika macht man das in 24 Stunden!“

Der gute Fötsch war ein bißchen verstimmt, und führte den Oberst vor die buntgemalte Hausvogtei. Auch das war sein Werk, und er erging sich wieder

in allerlei Anpreisungen. Rückfrage des Obersten:

„Und wie lange haben Sie zu diesem Anstrich gebraucht?“

„Genau sechzehn Tage, Herr Oberst!“

„Oah, — sechzehn Tage, — viel zu lange, — das machen wir in Amerika in sechzehn Stunden!“

Nun war der gute Fötsch fuchsteufelswild. Obwohl er nach außen hin nichts merken ließ, kochte er vor Zorn und wurde sehr einsilbig. Auf einmal blieb der Oberst vor dem Kölner Dom stehen, schaute hinauf und sagte: „Eine sehr schöne Kirche! — Wirklich, sehr schön! — Und wie lange haben Sie wohl gebraucht, dieses Gebäude zu bauen und zu malen?“

Worauf Fötsch trocken antwortete: „Das kann ich Ihnen auch nicht sagen, Herr Oberst — das Ding hat gestern noch nicht dagestanden!“

„Lohnerhöhung? Ausgeschlossen, meine Herren“, sagte der Generaldirektor zu den Gewerkschaftern, „meine Spesen wachsen ins Ungemessene. Was meinen Sie, was mich allein die Studienkommission zur Behebung der Arbeitslosigkeit kostet!“

Aus „Der wahre Jacob“.

Abbau der Löhne bei steigenden Preisen?

Die „Deutsche Malerzeitung“, die Mappe Nr. 49 vom 5. März 1933, gibt kommentarlos folgende Zuschrift aus Gehilfenkreisen wieder:

Anziehende Preise in der Pinselindustrie

„In den letzten vier Wochen haben die Preise für russische Borsten eine einschneidende Preissteigerung — bei verschiedenen Qualitäten bis zu 20 % — erfahren. Diese Verteuerung des wichtigsten Rohmaterials der Pinselindustrie muß zwangsläufig zu einer Erhöhung der Preise für Pinsel führen. Ferner muß mit weiteren Preissteigerungen infolge des knappen Anfalls russischer Borsten nach zuverlässigen Meldungen gerechnet werden.“ Diese Notiz ist typisch für unsere Zeit und läßt einem nachdenken.

Man wird diese Preissteigerung durchaus nicht nur bei der Pinselindustrie beobachten können. Richtig ist, daß auch andere Produkte anziehen, auch Farben, Bindemittel und Lacke. Daß Lebensmittel auch im Preise steigen, wissen wir aus den Berichten der Tageszeitungen. Wie schließlich die neuen Tarifforderungen begründet werden sollen, erscheint rätselhaft. Wichtiger wäre wohl, wenn man überhaupt, anstatt Löhne weiter zu kürzen, dafür sorgen würde, daß das Handwerk wirklich auf anständige kalkulatorische Grundlage gestellte Preise forderte und diese Forderung auch durchdrückte. Abbau der Löhne bei steigenden Marktpreisen heißt jeder Vernunft ins Gesicht schlagen.

Weitere erfreuliche Siege der freien Gewerkschaften bei Betriebsrätewahlen

Niederlage der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation! Starker Rückgang der RGO!

Bei der am 2. und 3. März vollzogenen Betriebsrätewahl der Hamburger Straßenbahn, Hochbahn und Alsterschiffahrt wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Straßenbahn

Arbeiterrat:

Abgegebene Stimmen insgesamt	4772
Freie Gewerkschaften	4519
Nationalsozialisten	158
Kommunisten	189
Sonstige	106

Gegenüber 1931 haben bei dieser Wahl die Kommunisten 30 % Stimmenverlust. **Sämtliche Arbeiterratsitze fallen den freien Gewerkschaften zu.**

Hochbahn

Arbeiterrat:

Abgegebene Stimmen insgesamt	1814
Freie Gewerkschaften	1152
Nationalsozialisten	160
Kommunisten	416
Sonstige	86

Alsterschiffahrt

Arbeiterrat:

Abgegebene Stimmen insgesamt	80
Freie Gewerkschaften	57
Kommunisten	23

Dynamit A.-G., Troisdorf

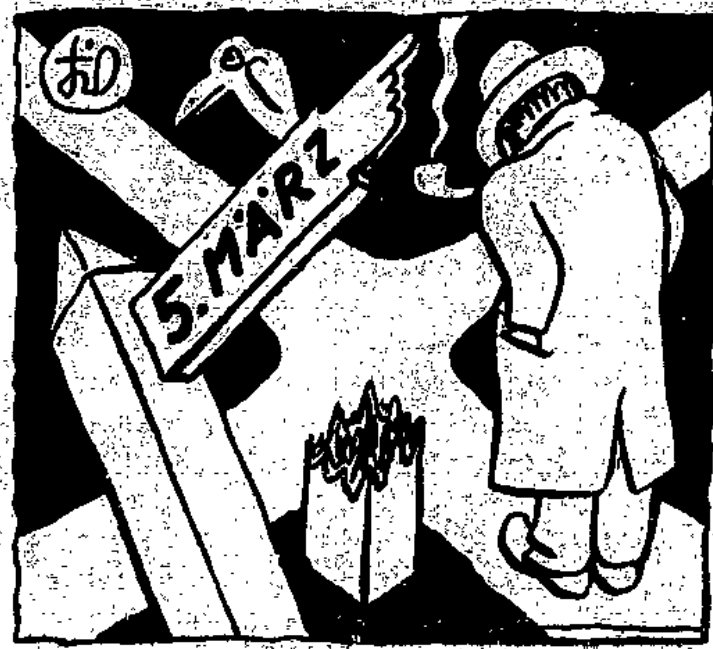
Arbeiterrat:

Abgegebene Stimmen insgesamt	1986
Freie Gewerkschaften	1249
Christliche Gewerkschaften	309
Kommunisten	189
Nationalsozialisten	199

Hamburger Elektrizitäts-Werke

Abgegebene Stimmen insgesamt	960
Freie Gewerkschaften	822
Nationalsozialisten	128
Ungültig	10

Zusammen mit den schon in Nr. 10 des „Maler“ mitgeteilten erfreulichen Ergebnissen von Betriebsrätewahlen einiger Großbetriebe in Berlin sind diese Ergebnisse Zeichen grenzenlosen Vertrauens von Betriebsbelegschaften zu ihren Gewerkschaften.



Was nun?

Lohneinkommen und Bauernnot

Die Untersuchungen des Konjunkturinstituts über Verbrauchereinkommen und Landwirtschaft sind gegenwärtig, wo die Schrumpfung der Massenkaufkraft bereits zu einem wesentlichen Rückgang des Fleischverbrauchs führte, besonders beachtenswert. Die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel wurden (auf je Vollperson umgerechnet) für den Arbeiter- und für den Angestelltenhaushalt berechnet und ebenso die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren je Vollperson im Arbeiterhaushalt und im Angestelltenhaushalt. Aus der Untersuchung geht eindeutig hervor, daß, je niedriger das Lohn- und Gehaltseinkommen ist, um so größer der Verbrauch an Brot und Kartoffeln, und um so geringer der Verbrauch an Fleisch, Milch und Milcherzeugnissen und an Gemüse und Obst, das heißt an den Produkten der Bauernwirtschaft. Im Arbeiterhaushalt gibt eine Vollperson mit einem Jahreseinkommen von 700 M. 44,54 M. für Brot aus. Bei einem Einkommen von 800 M. sinkt diese Ausgabe auf 42,76 M. Bei jeder höheren Einkommensstufe sinken die Ausgaben für Brot, bis sie bei der Einkommensstufe von 1800 M. nur mehr 32,48 M. betragen. Ähnlich in Angestelltenfamilien, wo die Ausgaben für Brot in der niedrigsten Einkommensklasse von 900 M. 39,14 M. betragen, um von Stufe zu Stufe zu sinken, bis sie auf 26,96 M. bei einem Einkommen von 2900 M. zurückgehen. Ähnlich ist es mit dem Kartoffelverbrauch, der um so größer ist, je geringer das Einkommen. Umgekehrt bei den oben erwähnten bäuerlichen Veredelungsprodukten. Im Arbeiterhaushalt gibt eine Vollperson mit 700 M. Einkommen im Jahr 57,01 M. für Milch, Milch-

erzeugnisse und Eier, 19,90 M. für Gemüse und Obst, 71,90 M. für Fleisch und Fleischwaren aus. Bei einem Lohneinkommen von 1000 M. lauten bereits die entsprechenden Zahlen auf 88,85 M., 30,73 M. und 99,06 M., bei 1200 M. Einkommen 106,28 M., 37,61 M. und 115,52 M. Bei 1800 M. Einkommen 140,33 M., 56,61 M. und 157,08 M. Im Angestelltenhaushalt wird bei einem Einkommen von 900 M. für Milch, Milcherzeugnisse und Eier 82,77 M., für Gemüse und Obst 27,45 M. verwendet, für Fleisch und Fleischwaren 78,78 M. Bei einem Einkommen von 1400 M. lauten die Zahlen: 118,03 M., 42,63 M., 112,38 M., um in der Gehaltsgruppe von 2900 M. auf 161,23 M., 73,71 M. und 157,85 M. anzusteigen. Diese den ausführlichen Berechnungen des Konjunkturinstituts entnommenen Zahlen zeigen die engste Verbindung zwischen den bäuerlichen Absatzmöglichkeiten und der Massenkaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger. Trotz Zölle und Kontingente können die Preise für bäuerliche Produkte nicht ansteigen, wenn die industrielle Massenkaufkraft nicht erhöht wird.

Der Ausnahmezustand und die Gewerkschaften

Der Reichsminister Göring hat als Kommissar für das preußische Ministerium des Innern für die praktische Anwendung der „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. Februar durch einen besonderen Runderlaß Weisungen herausgegeben. Danach soll sich Zweck und Ziel der Verordnung in erster Linie gegen die Kommunisten richten und gegen diejenigen, „die mit

den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern“. Dann heißt es weiter: „Zur Vermeidung von Mißgriffen wird darauf hingewiesen, daß Maßnahmen, die gegen Angehörige oder Einrichtungen anderer als kommunistischer, anarchistischer und sozialdemokratischer Parteien oder Organisationen notwendig werden, auf die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 nur dann zu stützen sind, wenn sie der Abwehr solcher kommunistischer Bestrebungen im weitesten Sinne dienen. In sonstigen Fällen ist nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 einzuschreiten. Die Gewerkschaften sind übrigens nicht ohne weiteres den sozialdemokratischen Organisationen gleichzustellen...“

Kollege, nimm Dir ein Beispiel!

Jene, denen du dienst oder dienen möchtest, wenn es nur möglich wäre, sie sind alle organisiert, die Industriellen, 900 Fachverbände zählen sie. Dazu fast 100 Unterorganisationen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Handel genau so. Nach Branchen und Landestellen. 120 Industrie- und Handelskammern haben sie und 67 Handwerks- und Gewerkekammern. Die Landwirtschaft nicht anders. 856 Land- und Kreisgeschäftsstellen haben die Landwirte im Reichslandbund. Daneben Landwirtschaftskammern. Alle sind sie organisiert. Bis ins einzelne. Sie sind stark, weil keiner fehlt. Und du Kollege? Wo stehst du?

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Friedberg. In unserer Generalversammlung am 26. Februar erstattete der Vorsitzende, Kollege **Hentzel**, den Geschäftsbericht. Er betonte darin, daß trotz der katastrophalen Wirtschaftskrise der Mitgliederückgang der Filiale unter dem Reichsdurchschnitt liege. Gegenwärtig seien 92 % aller Mitglieder arbeitslos. 1932 hätten 11 Einsprüche bei dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes erhoben werden müssen, wovon 8 Erfolg hatten. Mit Hilfe des Arbeitsamtes in Gießen wurden Fortbildungskurse durchgeführt, an denen 80 Kollegen unter 25 Jahren teilnahmen. Gelehrt wurde Schrift- und Holzmalen. Der Kurs dauerte vom 23. Januar bis 18. Februar. Bei der Schlußfeier waren auch

das Arbeits- und Kreisamt vertreten. Beide Vertreter sagten auch für die Zukunft Unterstützung unserer Jugendarbeit zu. Alle Besucher zeigten großes Interesse an den von uns ausgestellten Kursarbeiten. In einem Kurs wurden auch Lichtbilderverträge von unserm Kollegen **Albrecht** aus Frankfurt am Main gehalten. In der ersten Lichtbildserie wurde der Gerüstbau vom Mittelalter bis zur heutigen Zeit gezeigt. Der zweite Bildstreifen zeigte die Unfall- und Vergiftungsgefahren innerhalb unseres Gewerbes (Bleierkrankungen, Hautekzeme usw.). In den beiden folgenden Bildstreifen wurden den Kollegen bedeutende architektonische Baulichkeiten in Deutschland und in der Welt vor Augen geführt. Schon aus dieser kurzen Bemerkung ist zu ersehen, daß unsere Organisation nicht nur für das materielle Wohl der Kollegen sorgt, sondern auch kulturelle Arbeit leistet.

Anschließend an den Bericht des Vorsitzenden gab Kollege **Kees** den Kassenbericht. Im Jahre 1932 wurden insgesamt rund 1600 Mk. für die Hauptkasse vereinnahmt und 1000 Mk. ausgegeben. Das Filialvermögen ist leider etwas zusammengeschrumpft.

Die Versammlung dankte dem Vorstand für seine vorbildliche gute Arbeit durch einstimmige Wiederwahl aller Verwaltungsmitglieder.

Darauf hielt Bezirksleiter Kollege **Auth** ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über wirtschaftliche und politische Tagesfragen.

Hensel.

Magdeburg. Unserer diesjährigen Generalversammlung am 20. Februar ging eine Toten-Ehrung voraus, die dem ehemaligen Kollegen unserer Filiale, dem Staßfurter Bürgermeister und Sozialisten **Hermann Kasten**, galt. Er wurde durch einen politischen Gegner auf offener Straße vor seiner Wohnung erschossen.

Im Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege **Lisch** bekannt, daß die schlechte Konjunktur im Jahre 1932 noch für die Kollegen verschlimmert wurde durch einige Arbeitgeber, die keinen Tariflohn bezahlten. Vor dem Arbeitsgericht wurden die Kollegen durch den Verband vertreten und zu ihrem Recht

Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbände

(Zählungsergebnis vom 25. Februar 1933)

Monat	Es berichteten Filialen			Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats			Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats			Auf je 100 Vollmitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche		
	1931	1932	1933	1931	1932	1933	1931	1932	1933	1931	1932	1933
Januar.....	166	171	168	53 977	49 825	42 577	36 133	39 329	34 906	77,8	89,7	90,1
Februar....	172	166	162	56 468	49 027	39 305	36 890	38 462	32 381	76,3	89,1	90,7
März.....	161	164	—	55 058	49 781	—	31 926	36 707	—	67,9	83,8	—
April.....	160	160	—	55 447	45 951	—	28 714	31 838	—	60,5	77,9	—
Mai.....	163	162	—	55 761	46 346	—	26 441	31 569	—	55,4	76,8	—
Juni.....	152	159	—	51 968	47 524	—	25 106	33 274	—	56,6	79,0	—
Juli.....	160	156	—	53 737	45 573	—	28 286	32 557	—	60,3	79,0	—
August.....	161	163	—	53 034	45 634	—	31 776	33 394	—	68,9	81,0	—
September..	160	158	—	53 226	45 462	—	33 539	33 089	—	72,4	80,6	—
Oktober....	167	162	—	51 243	41 955	—	35 244	31 193	—	79,4	81,9	—
November..	166	165	—	51 171	43 548	—	37 620	33 707	—	84,8	85,1	—
Dezember..	169	168	—	51 046	43 235	—	39 136	35 207	—	88,4	89,7	—

Der Wahlkampf und die damit verbundene Unsicherheit im politischen und wirtschaftlichen Leben haben den beruflichen Arbeitsmarkt sehr ungünstig beeinflusst. Die Arbeitslosigkeit ist von rund 82 % auf 82,4 % der Gesamtmitglieder gestiegen. Läßt man die 3605 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge außer Betracht, errechnet sich die Arbeitslosigkeit der Gehilfenmitglieder auf 90,7 vom Hundert, ist also um 0,6 % gestiegen. Dazu

kommen noch 1733 oder 4,8 % Kurzarbeiter, so daß noch knapp 5 v. H. der Verbandsmitglieder, und darüber hinaus, unserer Berufsangehörigen überhaupt, vollbeschäftigt sind. An der Berichterstattung haben sich diesmal nur 162 Filialen beteiligt. Inwieweit das auf Behinderung der Organisationsarbeit durch die Unruhe der gegenwärtigen Zeit, vorübergehendes Schließen der Verbandsbüros usw. zurückzuführen ist, läßt sich jetzt noch nicht feststellen.

Stichtag für die nächste Zählung ist der 25. März. Die in allen Teilen ausgefüllten Berichtskarten müssen spätestens am 4. April im Besitze des Hauptvorstandes sein, da sonst keine Gewähr besteht, daß sie noch in die Zusammenstellung aufgenommen werden können.

verholfen. Einige Lehrmeister glaubten, die Lehrverträge der Lehrlinge nach ihrer Auffassung ändern zu können. Auch hier mußte man bis zum Arbeitsgericht gehen, um die Jungkollegen vor Schaden zu bewahren. Als tief bedauerlich wurde hervorgehoben, daß es immer noch Kollegen gibt, die den Arbeitgebern gegenüber nicht auf ihre Rechte bestehen und auch dem Verband keine Vollmacht zur Klage geben. Der Kassenbericht wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig gutgeheißen. Damit alle Kollegen die richtigen Beiträge kleben, wurde den Hauskassierern zur Pflicht gemacht, in Zweifelsfällen die amtlichen Stempelkarten einzusehen. — Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Zu dem im April ablaufenden Lohn-tarif forderte die Versammlung einmütig die Wiederhinaufsetzung unserer Löhne um 15%. Auch wurde über die Vierzig-Stunden-Woche diskutiert.

Für die im November vom Verbandsrat beschlossenen Satzungsänderungen fand die Versammlung nur insofern Verständnis, als auch die Gehälter unserer Angestellten der Zeit entsprechend abgebaut und auf den zur Zeit bestehenden Stundenlohn mit den jeweiligen Zuschlägen gebracht werden. Zum Schluß forderte der Vorstand noch zum Besuch von fachlichen Vorträgen auf, die in Verbindung mit den Provinzial-Meisterkursen unentgeltlich in der Handwerker-schule gehalten werden.

Willi Ritter.

BAUGEWERBLICHES

Mittel für die Kleinsiedlung

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat die Regierung, außer den schon früher bewilligten 10 Millionen Mark weitere 40 Millionen Mark für die Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung bewilligt. Für die Durchführung des neuen Siedlungsabschnittes sollen im allgemeinen die bisherigen Richtlinien vom 1. Juli 1932 (Reichsarbeitsblatt I Seite 133) in Verbindung mit der Anweisung des Reichsarbeitsministers an die Regierungen der Länder vom 27. Dezember 1932 (Reichsarbeitsblatt Nr. 1/33 Teil I Seite 5) Anwendung finden. Vorgesehen ist jedoch, das Genehmigungsverfahren erheblich zu vereinfachen. Die Entscheidung, wo und wie gesiedelt werden soll, soll in Zukunft hauptsächlich den Länderregierungen überlassen bleiben.

Es ist beabsichtigt, nicht nur Erwerbslose, sondern auch in beschränktem Umfang Kurzarbeiter anzusiedeln.

In stärkerem Maße sollen bei der Verteilung der Gelder Klein- und Mittelstädte berücksichtigt werden. Man hofft, dadurch indirekt eine Entlastung des großstädtischen Arbeitsmarktes erreichen zu können. Die Kosten der einzelnen Siedlungsstellen sind auf 3000 M begrenzt. Dafür werden in der Regel 2500 M Reichsdarlehen gewährt. Die Auswahl der Siedler erfolgt durch die Gemeinden in Verbindung mit den Arbeitsämtern.

Ein Wolkenkratzer in England

Die Tagespresse meldet, daß Blackpool, ein Badeort an der Irischen See, den ersten richtigen englischen Wolkenkratzer erhalten wird. Es soll ein Hotel werden mit 36 Stockwerken und einer Gesamthöhe von etwa 155 m. Es soll alle Eigenschaften, wie sie ein Mammutbau in den Vereinigten Staaten enthält, aufweisen, zum Beispiel ein Postamt, eine Ladenstraße, Reisebüros, eine Bank, zwei Ballsäle für je 350 Tanzpaare berechnet und ein Theater mit 1700 Sitzplätzen. In den Gästezimmern können 700 Personen untergebracht werden, die Speisesäle sollen 3000 Personen fassen. Erwähnenswert sind weiter ein geplanter Turnsaal, ein Sportsaal und ein Hauslazarett mit geschultem Pflegepersonal. Die Möbel sollen nach modernsten Entwürfen in Stahl zur Ausführung kommen. Das Gebäude soll bei Nacht in bunten Farben beleuchtet werden. Es ist eine zweijährige Bauperiode vorgesehen. Die Kosten des Baues werden auf 225 000 Pfund veranschlagt.

SOZIALPOLITIK

Zur Erinnerung: Nationalsozialistische Anträge im Reichstag

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im Haushaltsausschuß mit Sozialdemokraten und Kommunisten für die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gestimmt, die die Erwerbslosen und die Sozialrentner aufs schwerste geschädigt hatte. Zur Beschaffung von Mitteln für die Sozialpolitik, vor allen Dingen zur Stützung der Invalidenversicherung, sollte die Kürzung der hohen Pensionen und der höchsten Beamtengehälter beitragen. Es liegt nun ein nationalsozialistischer Antrag unerledigt vor dem Reichstag, in dem es unter anderem heißt: Pensionen dürfen keinesfalls die Höchstgrenze von 12000 M jährlich übersteigen. Ein anderer Reichstagsantrag der Nationalsozialisten fordert, das Vermögen der Bank- und Börsenfürsten entschädigungslos zu enteignen. Wieder ein anderer verlangt die starke Besteuerung der Aufsichtsrats-Tantiemen und der Dividenden. Werden sie nun durchgeführt?

Erhöhter Zoll auf Eier und Käse

Mit sofortiger Wirkung wurde der deutsche Zoll für Eier von 30 auf 70 M je Doppelzentner erhöht. Der Käsezoll erfuhr eine Erhöhung von 30 auf 60 M. Diese Zollerhöhungen werden sich recht bald in der Preisgestaltung bemerkbar machen.

Bedürftige Schulkinder

Nach einer Erhebung der Stadt Berlin im September 1932 über die Zahl der bedürftigen Kinder in den städtischen Schulen waren als bedürftig anzusehen in den Volks- und Sonderschulen 44%, in den Mittelschulen 38% und in den höheren Schulen 30%. Bei der Erhebung wurden als bedürftige Kinder betrachtet, deren erziehungspflichtige Väter oder Mütter Krisen- bzw. Wohlfahrtsunterstützung erhalten, oder deren Unterhaltspflichtige durch verkürzte Arbeitszeit oder aus andern Gründen ein so geringes Einkommen haben, daß sie hiervon die Lernmittel für ihre Kinder nicht selbst beschaffen können. Das Elend der großstädtischen Bevölkerung tritt dadurch zutage, daß beinahe die Hälfte der Volksschüler als bedürftig anzusehen sind. Daß es in vielen andern Gemeinden noch viel schlimmer aussieht als in Berlin, dürfte feststehen.

WIRTSCHAFTLICHES

Internationale Bankiers zur Wirtschaftslage

Nach längeren Verhandlungen ist die Stillhaltung für die an Deutschland vom Ausland gewährten Kredite um ein Jahr verlängert worden. Es handelt sich noch um 3,7 Milliarden Mark. Die Zinsen wurden um 0,5 v. H. ermäßigt. In dem Bericht erkennen die Stillhaltgläubiger an, daß Deutschland sowohl in der Ueberwindung seiner inneren Schwierigkeiten wie in der Anpassung an die äußere Entwicklung eindrucksvolle Erfolge erzielt hat. In der Schlußbetrachtung heißt es u. a.: „Weder ein wesentliches Ansteigen der deutschen Prosperität noch eine ausreichende Beschäftigung der Bevölkerung Deutschlands sind möglich ohne eine Zunahme des deutschen Außenhandels... Wie groß auch die Anstrengungen und Opfer des deutschen Volkes sein mögen, so können sie sich doch voll nur in einer Welt auswirken, die von dem Alpdruck der Kriegsschulden, von handelzerstörenden Zolltarifen und wertlosen Währungen befreit ist.“ Der Bericht schließt mit folgenden ein-drucksvollen Worten: „Die gegenwärtig übersteigerte Krise muß dahin führen, daß die Völker der Erde miteinander veramen. Das Gegenteil muß erreicht werden: die Länder müssen miteinander reich werden. Erleichterung der Lasten und größere Handelsfreiheit, die ein Land reicher machen werden, werden sie alle reicher werden lassen.“

Wenn alle Regierungen in diesem Sinne handelten, würde es in der Welt bald anders aussehen.

Anteil der Inlandslöhne an den Gesteungskosten

Nach einer aufschlußreichen Berechnung des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung ist der Anteil der Inlandslöhne, Gehälter und Soziallasten am Fertigprodukt am höchsten im Baugewerbe. Es folgen die Landwirtschaft, das graphische Gewerbe, die Holzindustrie, Papiererzeugung und -verarbeitung, Bergbau, Industrie für Steine, Erden, Ton und Glas, dann in einigem Abstand die Eisen- und Metallindustrie und das Bekleidungs-gewerbe. Am geringsten ist der Lohnanteil bei den Tabakerzeugnissen, im Handel, bei der elektrischen Stromerzeugung und in der Textilindustrie. Es würde sich lohnen, wenn auch andere Länder Berechnungen über den Anteil der Inlandslöhne an der erzeugten Ware anstellen würden.

BUNTE NACHRICHTEN

Getrennte Wahl von Frauen und Männern

In Köln wählten Männer und Frauen getrennt. Das Ergebnis der Reichstagswahl am 5. März gibt in Betrachtung dieser Zahlen recht interessante Aufschlüsse. Von der NSDAP. sind 73 430 Männer und 72 386 Frauen (33,9 bzw. 32,9 v. H.) zur Wahlurne geschritten. Bei der SPD. stellte sich das Verhältnis auf 35 722 Männer zu 29 758 Frauen (16,5 zu 13,3 v. H.). Bei der KPD. ist die Beteiligung der Frauen weit geringer als die der Männer; es wählten 47 092 Männer und 32 683 Frauen (21,7 bzw. 14,9 v. H.). Bei der Zentrumspartei ist die Wahlbeteiligung der Frauen dagegen bedeutend stärker als die der Männer. Während 41 923 Männer ihre Stimme für die Zentrumspartei abgaben, waren es bei den Frauen 67 755 (19,4 bzw. 30,8 v. H.). Bei der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot stellt sich das Verhältnis auf 13 155 Männer und 11 701 Frauen (6,1 bzw. 5,3 v. H.). Beim Christlichsozialen Volksdienst gaben 885 Männer, dagegen 1214 Frauen ihre Stimme ab (0,4 bzw. 0,6 v. H.).

Noch ein Arbeitgeberverband?

Am 23. Februar soll die Gründung eines Malerfachverbandes für Westfalen und das Land Lippe in einer Sondersitzung der Innungsvorstandsmitglieder des Landesarbeitsamtsbezirks Westfalen in Dortmund beschlossen worden sein. Es soll die Absicht bestehen, den Verband noch auf andere Gebiete aus-zudehnen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Obermeisters Reinhardt, Dortmund, und des Malermeisters Kasenbrock, Hüsten.

Ohne uns in die organisatorischen Verhältnisse unserer Arbeitgeber einzumischen, möchten wir aber doch bemerken, daß nach unserer Meinung auch sie Besseres zu tun hätten, als sich in immer kleinere Splitter aufzulösen.

SOZIAL-VERSICHERUNG

Verordnung des Reichspräsidenten über Krankenversicherung

Der Reichspräsident hat am 1. März 1933 auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordnet, daß der Versicherte für die Krankenhilfe einen Krankenschein zu lösen hat. Die Gebühr dafür beträgt 25 ⚡. Für denselben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu entrichten. Der Reichsarbeitsminister kann dazu Ausführungs-vorschriften erlassen.

Im Artikel 2 § 1 wird das Aufsichtsrecht über die Träger der Krankenversicherung auf Fragen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit in der Geschäftsführung erstreckt. Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Verbilligung und Vereinfachung und zur

Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung Vorschriften zu erlassen. Die Vorschriften können sich auch auf die Ausübung der Aufsicht und die Aufsichtsbehörden erstrecken.

Wir verweisen dazu auf den Artikel: „Die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr“ in Nr. 10 des „Maler“ (Schriftl.).

FACHLITERATUR

„Malerjugend“ Nr. 3

Wieder eine „Malerjugend“ mit farbigen Tafeln! Alle drei, sowohl die beiden Raumentwürfe wie die Schrifttafel, sind reich an farbigen und Formwerten und bieten den jugendlichen Lesern reiche Anregungen. Die sachkundige Besprechung im Textteil der Nummer ist bemüht, zur Verwertung und Verarbeitung der Anregungen, zur Gestaltung eigener Beispiele die Leser und Mitglieder anzuspornen. Es tut in der heutigen Berufs- und Ausbildungssituation nötiger denn je! — Neben dieser Tafelbesprechung ist in der vorliegenden Nummer noch ein weiterer fachlicher Aufsatz enthalten, wie auch einige gute fachliche Klischees.

Die Titelseite bringt einen Aufruf an die Jugend der Eisernen Front. Er wird in seinem Ernst verstanden und befolgt werden. Es folgt ein Aufruf des Verbandsvorstandes zu einem neuen Lehrlingswerbekampf vom 15. März bis 30. Juni. Um das zu erreichen, was er will und was notwendig ist, hätte es seiner bei manchem jungen und älteren Verbandsmitgliede nicht bedurft — es müssen aber alle Verbandsmitglieder werden helfen! Die 50. Wiederkehr des Todes von Karl Marx ist zum Anlaß genommen, in einem Aufsatz auf die Bedeutung Karl Marx hinzuweisen. Mehr konnte dieser Aufsatz kaum bringen, vor allem nicht die Darstellung seiner Lehren. Das muß vor allem Aufgabe von Jugendabenden sein. Schließlich war es notwendig, zum Abschluß der Lehrverträge von unserem Standpunkt aus etwas zu sagen, nachdem die Ausnutzung der Wirtschafts- und Berufssituation durch ihrer Verantwortung nicht bewußte Lehrmeister in vielen Fällen befürchtet werden muß. Die reichhaltige Nummer bringt weiter noch das Merkblatt über Händereinigung, Gedichte, Abbildungen, Berichte aus den Jugendabteilungen, Buchbesprechungen und anderes mehr.

BÜCHER · SCHRIFTEN

Geschäftsordnungen und Geschäfts- und Dienstanweisungen für Krankenkassen von August Heilmann, Halle an der Saale. Einzelpreis 2,75 M. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Das 240 Seiten umfassende Handbuch füllt zweifellos eine Lücke in der Krankenkassenbücherei aus. Die reichen Erfahrungen eines anerkannten Fachmannes fanden in dem Handbuch einen anregenden Niederschlag.

Das Märzheft der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, Urania-Freidenker-Verlag, Jena, ist erschienen. Es ist auch durch die Buchhandlung erhältlich. Preis 40 Pf.

Eine Reihe von Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus (Schaxel, Jensen, Graf, Chemicus, Lowitsch und andere) haben sich zusammengetan, um in einem Marx-Sonderheft über den gegenwärtigen Stand der marxistischen Forschung und ihrer Anwendung in der Praxis Rechenschaft abzulegen.

Rassenkunde? Rassenwahn? Von Professor Dr. Adolf Hedler. Preis 75 Pf., erschienen im Dietz-Verlag, Berlin.

Ueber Rassenkunde wird so viel geschrieben und es steht so wenig wissenschaftlich fest. Hier wird von berufener Seite in einer aktuellen Abhandlung untersucht, was man als Ergebnis objektiver Forschung betrachten kann und was politischer interessierter Dilettantismus alles geleistet hat.

Vom 12. März bis 18. März ist die 11. Beitragswoche.
Vom 19. März bis 25. März ist die 12. Beitragswoche.